



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
OE Auszahlung und
Vergabepfprüfung
Domplatz 12
39104 Magdeburg



und elektronisch

- entweder per Datenträger
(USB-Stick, CD-/DVD-ROM)
- oder per E-Mail¹ an
auszahlung-oek@ib-lsa.de

AUSZAHLUNGSANTRAG (VORSCHÜSSIG)

Glückspielsuchtpräventionsförderrichtlinien – GPF

Laufende Nummer des Auszahlungsantrages

Letzter Auszahlungsantrag

Abrechnungszeitraum bis

1. ANGABEN DER/DES KUNDEN

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Auszahlungsantrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

2. ANGABEN ZUR FÖRDERUNG

Vorhabensbezeichnung/Verwendungszweck

Vorgangsnummer

¹ Bitte beachten Sie hierbei, dass der unverschlüsselte E-Mailversand unsicher und mit diversen Risiken verbunden ist.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

3. ANGABEN ZUM AUSZAHLUNGSBETRAG (in Euro)

Höhe der Gesamtzuwendung aus dem Zuwendungsbescheid

bisher erhaltene Zuschussbeträge

Zuschussbedarf = Überweisungsbedarf

verbleibender Zuschussbetrag

4. AUFSCHLÜSSELUNG DER HIERMIT BEANTRAGTEN VORAUSZAHLUNG (in Euro)

Einzelansätze des Ausgabenplans lt. Zuwendungsbescheid

Personalausgaben (Arbeitgeberbrutto)

Sach- und Projektverwaltungsausgaben
(Pauschale)

Gesamtbetrag Vorschuss

5. ANGABEN ZUR BANKVERBINDUNG

Ich/Wir bitte(n) um Überweisung des unter Ziffer 3 dieses Auszahlungsantrages aufgeführten Überweisungsbedarfs an:

IBAN											

BIC (SWIFT-Code)							

Länder-
code Prüf-
ziffern Bankleitzahl Kontonummer

Kreditinstitut

Kontoinhaberin/Kontoinhaber

Verwendungszweck

Die folgenden Fragen sind nur von Trägern der freien Wohlfahrtspflege zu beantworten:

Ist der/ die Antragstellende eine Körperschaft, die steuerbegünstigte Zwecke gemäß §§ 51-68 der Abgabenordnung verfolgt?

Ja

Nein

Wenn nein: Handelt der/ die Antragstellende im Rahmen einer land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit?

Ja

Nein

Wenn ja: Bei der angegebenen Bankverbindung handelt es sich um das Geschäftskonto der/ des Antragstellenden?

Ja

Nein

6. ERKLÄRUNGEN DER/DES KUNDEN

- Ich versichere/Wir versichern, dass die Ausgaben zur Realisierung des unter Ziffer 2. des Zuwendungsbescheides benannten Vorhaben und nur zur Finanzierung der durch das Projekt direkt entstandenen Ausgaben im festgelegten Bewilligungszeitraum (vgl. Ziffer 4. des Zuwendungsbescheides) notwendig sind, mit den Fördermitteln wirtschaftlich und sparsam verfahren wird und dass die Angaben in diesem Auszahlungsantrag vollständig, richtig und mit den Geschäftsbüchern und –belegen übereinstimmen.
- Ich/Wir erkläre(n), dass die mit diesem Auszahlungsantrag abgerufenen Mittel innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden. Uns/mir ist bekannt, dass soweit die Mittel nicht in dem vorgegebenen Zeitraum nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet werden und der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen ist, für die Zeit bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen in Höhe von drei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz jährlich erhoben werden.
- (sofern zutreffend): Ich/Wir erkläre(n), dass in den abgerechneten förderfähigen Ausgaben keine Umsatzsteuer enthalten ist, soweit diese gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) als Vorsteuer abziehbar ist, und auch keine Rückerstattung gezahlter Umsatzsteuer enthalten ist.
- Bei bereits erfolgten Teilauszahlungen bestätige(n) ich/wir die zweckentsprechende Verwendung der ausgezahlten Zuschüsse.

- e) (sofern zutreffend): Ich/Wir erkläre(n), dass die in diesem Auszahlungsantrag zugrunde liegenden Aufträge entsprechend den Bestimmungen im Zuwendungsbescheid über die Auftragsvergabe vergeben worden sind.
- f) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden.
- g) **Gilt nur, wenn die bewilligte Zuwendung mehr als 50.000 EUR beträgt:** Ich/Wir erkläre(n), dass ich meine/wir unsere Beschäftigten nicht bessergestellt haben als vergleichbare Bedienstete des Landes, d. h. es werden keine höheren Entgelte als nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) oder dem als gleichwertig geltenden Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) in der jeweils geltenden Fassung sowie keine über- und außertariflichen Leistungen gewährt. Sofern TV-L oder TVöD keine Anwendung finden oder über TV-L oder TVöD hinaus zusätzliche Leistungen gewährt werden, habe(n) ich/wir die Leistungen an die Beschäftigten in dem Formular „Erklärung zur Einhaltung des Besserstellungsverbotes“ bzw. in der „Anlage zur Erklärung zur Einhaltung des Besserstellungsverbotes“ vollständig angegeben; über die dort angegebenen Leistungen hinaus werden keine weiteren Leistungen gewährt. Sofern ich/wir die „Anlage zur Erklärung zur Einhaltung des Besserstellungsverbotes“ für den jeweiligen Beschäftigten bereits mit einem früheren Auszahlungsantrag eingereicht habe(n), erkläre(n) ich/wir, dass es keine Änderungen gegenüber den früheren Angaben gegeben hat.
- h) Ich/ Wir erkläre(n), dass sämtliche Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Zuwendung zusammenhängenden Unterlagen mindestens für einen Zeitraum von 5 Jahren ab dem 31.12. des Jahres, in dem die Investitionsbank die letzte Zahlung an mich/uns entrichtet hat, entrichtet wird, aufbewahrt werden. Davon unberührt bleiben längere Aufbewahrungsfristen nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften.
- i) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben unter den Ziffern 1, 2, 3, und 4 dieses Auszahlungsantrages, sowie die Erklärungen in Ziffer 6a), 6b), 6c), 6d), 6e), 6f), 6g), 6h) und 6i) dieses Auszahlungsantrages subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Gemäß § 3 SubvG besteht zudem die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns daher, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben unverzüglich zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt werden. Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLERS/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)